



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

R/KI/275 - 29. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Einweisung
auf den Inhalt.

Saardebatte und Wiedervereinigung	S. 1
Zweimal ungarische Tragödie: 1848/49 - 1956	S. 3
Herr Gedet, CDU-MdB. und das Dritte Reich	S. 5
Die Bundesregierung und Berlin	S. 7

Bonn und die 18 Millionen in Mitteldeutschland

EB. Selbst wenn die CDU/CSU in der Saardebatte des Deutschen Bundestages den Abgeordneten Hans Georg Kiesinger vorschickte, der es trefflich versteht, über alles und jedes mit pathetisch-banalen Formulierungen hinwegzugehen und Schleier dort auszubreiten, wo bereits seit Monaten sonnenklare Wahrheit besteht, dürfte feststehen, dass die grösste Regierungspartei bei ihrer Argumentation nicht gut beraten war. Es ist historische Wahrheit, dass die Rückgliederung des Saargebietes zu Deutschland nicht wegen sondern trotz ^{der} Politik der Bundesregierung erfolgte. Tatsache ist, dass die Saarbevölkerung ein Statut abgelehnt hat, dessen Annahme die Saperierung von Deutschland zur Folge gehabt hätte und Tatsache ist, dass es die Bundesregierung und die Regierungsparteien waren, die der Saarbevölkerung diesen Weg des Abmarsches aus Deutschland empfohlen haben. Die Hochauer Rede des Bundeskanzlers wird unvergessen bleiben.

Der Schaden für die deutsche Politik in der Saardebatte liegt darin, dass die CDU durch ihre "Rechtshaberei" den Eindruck erweckt hat, als schliesse die Bundesrepublik Verträge mit einem *claus eventualis*. Wer nämlich die Dinge so darstellen will, als habe die Bundesregierung das Saarstatut nur in der absoluten Gewissheit abgeschlossen, dass es die Saarbevölkerung ablehnen werde, der fügt der Glaubwürdigkeit der eigenen Bundesregierung den schwersten Schaden zu.

Diese nachträgliche Propaganda-Konstruktion kann auch nichts daran ändern, dass das Verdienst der Rückkehr der Saar zuerst den Menschen an der Saar gebührt, ihren damals hart kämpfenden deutschen Parteien

und den Fraktionen im Bundestage, die das Saarstatut abgelehnt haben. Die deutsche Bundesregierung und die Regierungsparteien aber, die heute glauben, Verdienste beanspruchen zu können, sind den Menschen an der Saar in den Rücken gefallen. Heute berührt man sich wie ein Attentäter, der sich rühmt, dass sein Dolch nicht getroffen hat.

Nicht die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat verursacht, dass die Saardebatte sich zu einer Wiedervereinigungsaussprache ausweitete. Aber wenn es schon so kam, dann sollen auch hier einige Grundwahrheiten festgestellt werden. Der Abgeordnete Kiesinger sprach davon, dass man nicht daran denke, die eigene Politik zu revidieren, dass man also weiter auf der Strasse der seit sieben Jahren erfolglosen Politik der Stärke weitermarschieren werde.

Mit erschreckender Deutlichkeit bestätigen diese Worte, was gerade seit den Tagen der Ungarn- und Suez-Krise offenbar geworden ist: die Bundesregierung und ihre Parteien verfügen über keine Wiedervereinigungskonzeption. Ihre erste und einzige Reaktion ist doch, in einer Politik der militärischen Aufrüstung eine vermeintliche Sicherheit für das Gebiet der Bundesrepublik zu erlangen. Niemals ist offener als gerade jetzt geworden, dass man die 18 Millionen Menschen in Mitteldeutschland abschreibt, wenn man glaubt, seine eigene Haut retten zu können.

Die Koalition übersieht dabei nur völlig, dass militärische Sicherheit für Westdeutschland in den gegenwärtigen Militärgabten nicht zu finden ist, sondern allein das kollektive Sicherheitssystem, das Kiesinger in früheren Äusserungen als Papier stütze, in der Lage ist, den Menschen auch in Westdeutschland und dem ganzen deutschen Volk Schutz und Sicherheit zu bieten. Niemand kann doch übersehen, dass ein kollektives Sicherheitssystem neben politischen auch auf militärischen Fakten aufbaut, aber den unschätzbaren Vorteil hat, dass es die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht, während NATO und Versöhner Pakt die Wiedervereinigung automatisch ausschliessen.

Die Wiedervereinigung mit der Saar ist trotz der Politik der Bundesregierung erreicht worden. Die Wiedervereinigung mit den 18 Millionen im Osten, das hat auch diese Debatte erwiesen, kann nur gegen diese Bundesregierung erreicht werden. Das Erschütternde aber ist, dass man hier nicht einmal gegen eine Konzeption anzukämpfen hat, sondern nur gegen das sture Gewicht einer Zahl, einer Mehrheit, die bei den nächsten Wahlen beseitigt werden muss, wenn man weiterkommen will.

"Schon einmal ..."

H.E. Die Geschichte berichtet nur von einem einzigen ungarisch-russischen Zusammenstoß, der sich unverstellbar tief in das Gedächtnis der kleinen ungarischen Nation eingegraben hat: an die Revolution von 1848. Mit einer erstaunlichen Ähnlichkeit wiederholten sich jene Ereignisse in denen der vergangenen drei Wochen. Als eine Provinz der Donaumonarchie, die nach dem Willen Metternichs gewaltsam von jeder wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zurückgehalten wurde, als eine reine Agrarprovinz (ein vorweggenommener Morgenthau-Plan), mußte noch um 1830 der liberale Graf Stefan Szechenyi ohne Hoffnung für die Bauernbefreiung, die Abschaffung der Steuerfreiheit seiner adeligen Standesgenossen, für Pressefreiheit, ja für Gleichberechtigung der Lutherischen mit den Katholiken kämpfen. Sogar die Landessprache wurde als Ersatz für das bisher im Amtverkehr übliche Latein (!) erst 1844 durchgesetzt.

Man sieht also, wie der Kampf um die eigene Nationalität schon damals im Vordergrund stand, als der 1802 geborene Rechtsanwalt Ludwig von Kossuth von 1825-1827 und von 1832-1836 im ungarischen Landtag saß, eine liberale Zeitung herausgab und dafür als "Hochverräter" von 1837-1840 eingekerkert wurde (wer dachte nicht an Nagy?).

So kam das Jahr 1848 heran, in dem Kossuth, Chefredakteur des "Pesti Hirlo" und Führer der liberalen Opposition, im Kabinett Bethleny Finanzminister wird und 42 Millionen Gulden freimacht für die Aufstellung einer eigenen "Honvéd"-Armee von 200 000 Mann. Da sich wurde man unruhig und schickte den "Banus" Jellachich mit seinen Kroaten, den Todfeinden der Magyaren - Metternichs alte Politik, die einzelnen Nationen der Monarchie gegeneinander auszuspielen! - der heisse Krieg brach aus. Mit den Kroaten in Siebenbürgen wurde man schnell fertig, das besorgten die mit den Ungarn verbündeten Polen, die unter Dabinski und Bem tapfer fechten, zusammen mit einheimischen Studenten und Arbeitern. Die Volkswut forderte indessen in der Hauptstadt ihr Opfer: der kaiserliche Kommissar Graf Lamberg, ein Werkzeug Metternichs, wurde aufgehängt, - genau so wie es die Aufständischen in Wien mit dem k.u.k. Kriegeminister gemacht hatten, und wie die Scher-

gen von der AVO jetzt behandelt worden sind.

Im Dezember rückte Fürst Windisch-Grätz, der Mörder Robert Blums, mit einer starken Truppenmacht ein, eroberte Budapest und zwang die provisorische Regierung, nach Debrecen auszuweichen, aber im April 1849 überbrachte General Görgey den ungarischen Boden wieder von den Kaiserlichen, Ungarn erklärte seine Unabhängigkeit und Kossuth wurde "Reichsverweser", d.h. Ministerpräsident. Alle deutschen Demokraten, vor allem die in Wien, jubelten den siegreichen Aufständischen zu, wie sie sich ehemals für die Griechen und die Polen begeistert hatten und wenig fehlte, so hätten ungarische Freischärler den bedrängten Wienern Waffenhilfe geleistet. Auf jeden Fall ging der gefeierte Volksheld daran, sein demokratisches Programm zu verwirklichen.

Aber die Wiener Reaktion wusste genau, was auf dem Spiel stand. Sie schickte eine neue "Strafexpedition" unter General Haynau über die Leitha, und der eroberte abermals Budapest. Aber erst, als Metternich die Russen zu Hilfe rief, gelang es der erdrückenden Übermacht im Sommer 1849, den Aufstand endgültig niederzuwalzen und nach den "Siegen" bei Schässburg, Komorn und schliesslich bei Vilagos (am 13. August) die Regierung zu vertreiben und eine blutige Militärdiktatur aufzurichten. Die Rache war furchtbar: zu masslosen Greueln der Russen kam die Erschiessung von dreizehn ungarischen Generalen in Arač und die Hinrichtung des Staatsmannes Batthyany in Budapest. Der gefährlichste Feind des "Allerhöchsten Kaiserhauses" freilich, Ludwig Kossuth, war ihnen entkommen: über die Türkei wanderte er nach England aus, wo er die Emigranten sammelte, nach der USA und nach Italien, überall für die Sache seines Vaterlandes werbend. Mit Garibaldi, dem italienischen Freiheitskämpfer, der glücklicher war als er, gründete er eine "Ungarische Legion". In Turin ist er, 92 Jahre alt, gestorben.

So spielte sich die ungarische Tragödie von 1848/49 ab. Und damit der Tragödie auch das "Satyrspiel" nicht fehle, geschah es, dass der Henker der ungarischen Freiheitskämpfer, jener Haynau, als er glaubte, es sei längst Gras gewachsen über seine Verbrechen, eine Vergnügungsreise nach London unternahm, wo ja auch sein Arbeitgeber Metternich gelandet war. Seine Excellenz besichtigten neben anderen Merkwürdigkeiten auch die berühmten Bierbrennereien, wurden aber erkannt und von englischen Arbeiterhäuten jämmerlich verprügelt ...

"Ein Christ erlebt die Probleme der Welt"

Von Maria Meyer-Sevenich, M.G.L.

Unter diesem Titel schrieb ein offensichtlich sommer Mann, - er ist heute Bundestagsabgeordneter der CDU - im Beginn des Tausendjährigen Reiches ein Buch. Es sollte der "Versuch einer volkstümlichen Einführung in das Weltgeschehen unserer Tage" sein, wie der Untertitel besagt. Das Buch wurde in jener sehr unchristlichen Zeit bemerkenswert eifrig gelesen, und erreichte in kurzer Zeit gewaltige Auflagen. Es war geradezu ein Bestseller. (Ich besitze - als wissenschaftlicher Mensch kaufte ich Gedats "Einführung in das Weltgeschehen" zur Zeit Adolf Hitlers antiquarisch - ein Exemplar der 24. Auflage aus dem Jahre 1935;) 210 Exemplare waren schon im Umlauf, als sich der Verlag zu dieser Neuaufgabe entschloss. Ich lese

"... dennoch ist es wahr, dass Deutschland bei der Gestaltung der Zukunft des Abendlandes den Ausschlag gibt. Der Endsieg des Nationalsozialismus in Deutschland wird den Völkern des Westens der Weg weisen, den sie gehen müssen, um sich selbst zu retten. Nur so sehe ich einen Ausweg aus dem Chaos, nur so eine letzte Möglichkeit, in dem Zusammenproll der Kulturkreise, bei den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West zu siegen".

An einer anderen Stelle:

"Ein ganz Neues ist angebrochen, eine neue Zeit, eine neue Hoffnung, ein Führer ist entstanden. Eine Volksgemeinschaft soll aufgebaut werden auf der Grundlage rassistischer Reinheit und völkischen Bewusstseins. Brandrassistische Elemente sollen ausgeschaltet werden. Der nordische Mensch allein wird das Recht haben" ... u.s.w.

Dann berichtet er in einem Kapitel von einer Frau, die einen volljüdischen Jungen grossgezogen hatte. Der Junge selbst und Gena, der ihn drei Jahre in seiner Jugendgruppe führte, wussten nichts von dieser Abstammung. Gedat schildert ihn:

"Der Gutsma (so von Kameraden genannt) ist einer der jüngsten, aber ein Junge, der weit über den meisten steht in seiner Erkenntnis und in seinem Wissen. Dass sein Leben in bestem Einklang mit dem Willen und den Zielen unseres Bundes steht, weiss jeder. Herr unserer Gruppe ist Christus, wir seine Gefolgsleute, und unser Gutsma einer der Treuesten unter ihnen ..." u.s.w.

Und dann steht der Junge vor dem Weiber. Die -fliegenmutter muss den jüdischen Nachweis bringen und fleht nun Gedat um Hilfe an! Folgender Dialog:

"Jüdischer Vater oder Mutter?" "Beide". "Volljude?" schreie

ich sie an. "Ja". "Und das haben Sie gewusst, alle 316 Jahre und Sie haben den Jungen damals angenommen, obgleich Sie das wussten?" "Er war so lieb zu mir alle die Jahre. Ich habe ihn gleich nach der Geburt taufen lassen. Er ist deutsch erzogen, und er ist deutsch in seinem Denken und Fühlen und Handeln". "Wenn ein Jude das kann." ... u.s.w.

Ganz im Sinne des damaligen Reichsbischofs Müller meinte Gedat:

"Wie Gott durch das Werk der Reformation der Deutschen die Möglichkeit und den Auftrag gegeben hat, das weltanschauliche Geschehen in Europa auf Jahrhunderte zu bestimmen, so glaube ich, dass der evangelischen Kirche im neuen Deutschland in all den weltanschaulichen Auseinandersetzungen ganz grosse Aufgaben erwachsen, wenn die Kirche und ihre Führer sie sehen und bereit sind, die Aufgaben zu erfüllen."

Diese Bereitschaft fehlte offensichtlich. Denn Gedat fuhr fort:

"Ich erschrecke manchmal vor dem Gedanken, dass die Deutschen ihre Verantwortung, die sie nicht nur für Deutschland, sondern für die Welt tragen, nicht sehen. Ich zittere, wenn ich daran denke, dass die evangelischen Christen und ihre Führer bei den grossen Aufgaben, die ihnen gestellt sind, ihre Stunde verpassen und sich in Kleinlichkeiten und kirchenpolitischen Auseinandersetzungen verlieren."

Wann, der "Endsieg" des Nationalsozialismus fand nicht statt. Herr Gedat erlebte das Ende gesund und munter in Süddeutschland. Er wurde eifriger Aktivist der CDU, jener Partei, die nicht wenige von uns damals ein für allemal festgelegt wähnten auf eine Politik, von der Paul Bausch (auch er ist heute Bundestagsabgeordneter der CDU) im Jahre 1945 sagte:

"Ein Christ hat die "Ketten des Evangeliums" auch bei seiner Arbeit in der Politik zu tragen."

Bausch erläuterte das in der Praxis:

"Der Krieg ist kein brauchbares Mittel der Politik mehr. Die Deutschen müssen die Anwendung von Gewalt in der Politik ein für allemal und für immer verwerfen."

Man griff diese Gedanken auf, als man auf dem ersten Reichstreffen der CDU/CSU in Bad Godesberg, im Dezember 1945, einstimmig (mit der Stimme Konrad Adenauers) eine Entschliessung annahm, die besagte:

"Eine aller sittlichen Bindungen bare, der Idee der Gewalt verhaftete Politik hat Deutschland in den Abgrund gestürzt. Das erneuerte Deutschland bekennt sich bedingungslos zum Frieden und zum Recht".

In den programmatischen Frankfurter Leitsätzen der CDU von September 1945 konnte man sogar lesen:

"Wir bekennen uns zur Achtung des Krieges. Er ist kein erlaubtes Mittel der Politik. Selbstverständlich wollen wir, dass aus dem Leben der Gemeinschaft jede Art von militärischer oder vormilitärischer Erziehung ausgeschlossen bleibe."

Wir wissen, dass sich die "christliche" Partei seitdem gründlich - 7 -

gewandelt hat (oder es schien wenigstens so!). Die "Ketten des Evangeliums" wurden zusehends leichter. Bis wir in diesen schicksalsschweren Wochen an den Ausgangspunkt zurückkehrten als der verantwortliche Bundesminister für die "Verteidigung" die NATO-Armeen aufkramte und die Sowjets mit dem "Ausradieren" bedrohte. Und in eben jenen Tagen Herr Gustav Adolf Sedat in Fortführung seiner "Einführung in das Weltgeschehen unserer Tage" aus dem Jahre 1933 vor der Jungen Union des Jahres 1956 in Ebingen sprach und sagte:

"Hinter der Organisation der Wehrdienstverweigerer verbergen sich bewusste Absichten zur Zerstörung der Demokratie".

Die "Ketten des Evangeliums" sind endgültig gefallen.

+ + +

Nicht einmal mehr schöne Worte

U.D. Dasjenige oberste Bundesorgan, das bis zu seiner ersten Sitzung in der deutschen Hauptstadt volle sieben Jahre verstreichen liess und dessen Chef zur Zeit noch Konrad Adenauer heisst, hat den Plänen eines mutigen CDU-Abgeordneten und den Beschlüssen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland ein schroffes Nein entgegengestellt. Die Bundesregierung liess nach einer Kabinettsitzung erklären, an eine Übersiedlung von Ministerien nach Berlin sei "wegen des Vier-Mächte-Statuts" nicht zu denken. Man wäre dort nicht "souverän" genug.

So also lautet der Standpunkt einer Regierung, deren "Souveränität" nach den von ihr selber abgeschlossenen Pariser Verträgen ohnehin bei den Dingen, "die Deutschland als Ganzes betreffen", also den schlechterdings elementaren Fragen jeder deutschen Politik, zu Ende ist. Die große Mühe eigentl. sich das Aigrotum gegenüber den uns verbündeten drei Westmächten sein, wenn diese Bundesregierung glaubt, in den Westsektoren Berlins irgendwie behindert zu sein? Oder sind beispielsweise das Bundesverwaltungsgericht oder der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes, deren Errichtung in Berlin zähe Kämpfe vorausgehen mussten, in ihrer Amtstätigkeit Veränderungen ausgesetzt?

Es ist jedesmal dasselbe. Als 1954 die Bundesversammlung den Bundespräsidenten in Berlin wählen sollte, musste darum gerungen werden und man operierte mit irgendwelchen alliierten Bedenken, die sich hinterher als nie geäußert herausstellten. Wenn die Frage der Beteiligung Berlins an den Bundestagswahlen akut wird, sind plötzlich, wie gerufen, die alliierten Vorbehalte da. Nachdem noch auf der Legung des Kuratoriums vor einer Woche von kompetenter Seite versichert wurde, keine Bestimmung des Vier-Mächte-Statute und anderer alliierter Vereinbarungen stehe einer verstärkten Verlegung von Bundesministerien und -behörden nach Berlin entgegen, muss jetzt auf einmal die "Souveränität" herhalten. Als Ernst Lemmer vor einer Woche Postminister wurde, war noch von einer Verlegung dieses Ministeriums, des als reine Wirtschaftsverwaltung in Bonn zum Regionen ohnehin nicht gebraucht wird, nach Berlin die Rede. Jetzt soll nur noch "ein kleiner Arbeitsstab" unziehen. - Was glaubt diese Regierung denn eigentlich noch, ihrer Bevölkerung an Ausflüchten vorsetzen zu können? Die militärische Sicherheit Berlins ist nicht weniger fragwürdig als die der Bundesrepublik überhaupt. Ein Angriff auf die Westsektoren Berlins ist, laut wiederholter feierlicher Erklärungen der drei Westmächte, ein Angriff auf die USA, Grossbritanniens und Frankreich. Mit anderen Worten: der Dritte Weltkrieg. Wie für diesen Fall mit Sicherheit am Rhein gerechnet werden kann, weiss offenbar nur die Bundesregierung allein. + + + + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler